Daweszahlungen über den Young-Plan, zu dem Deutschland sich im Haag bereitgefunden hat.

2. Die Erhöhung der ungeschützten Annuität um 40,5 Millionen Mark.

3. Englands Freigabeweigerung (300 Millionen Mark).

4. Der deutsch-polnische Vertragsentwurf, durch den Deutschland auf außerordentlich hohe Eigentumsansprüche gegenüber Polens verzichtete.

5. Nach den Vorschlägen des Pariser Unterausschusses für „Liquidierung der Vergangenheit" soll Deutschland auf eine ganze Reihe von finanziellen Rechten verzichten.

6. Das belgische Mark-Abkommen, das Deutschland für 37 Jahre eine durchschnittliche jährliche Last von 19,5 Millionen Mark auferlegt.

Diese Barpflichtungen, die nach Schachts Ansicht in die Milliarden gehen, sollten ohne eine nennenswerte Gegenleistung erfolgen.

Dann geht Schacht auf die innerwirtschaftlichen Voraussetzungen des Young-Planes ein.

„Ich habe", so endet das Memorandum, „mit allem Nachdruck die Agitation gegen den Young-Plan bekämpft. Aber gerade, weil ich mich für die Annahme des Young-Plans einsetze, wünsche ich nicht teilzuhaben an seiner Verfälschung. Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Young-Zahlungen hinaus noch weitere beliebige Millionen oder Milliarden zahlen oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftsbelastung die Young-Zahlungen und womöglich noch zusätzliche Beträge aufzubringen in der Lage ist.

•

Künstliche Miesmacherei

Der Vorwärts schreibt zu diesem sonderbaren Memorandum: „Die Formulierungen dieses Memorandums bewegen sich im Reeße. Sie müssen den Eindruck hervorrufen, als wäre Deutschlands Finanzpolitik und Wirtschaft in einem verhängnisvollen Zirkel, aus dem ein Ausweg ebenso wenig zu finden ist, wie man die Quadratur des Zirkels lösen kann. Die ergabe ein ungeheuer pessimistisches Bild.

Wozu diese künstliche Pessimismus in diesem Augenblick? Die deutsche Wirtschaft ist nach dem Urteil der Sachverständigen, deren Blick nicht interessengetrübt ist, im Kern gesund, ebenso die Reichsfinanzen. Eine Ausschöpfung einzelner Steuerquellen könnte das Gleichgewicht sehr rasch herstellen und die augenblicklichen Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwinden.

Mit dieser künstlichen Miesmacherei jedoch dient man weder dem Staat noch der deutschen Wirtschaft noch dem deutschen Kredit im Ausland.

•

Ein „Freund der Reaktion"

Paris, 6. Dezember. Das Memorandum des Reichsbankpräsidenten Schacht hat hier außerordentlich überraschend gewirkt. Man betrachtet den Reichsbankpräsidenten, der einst als Demokrat sein Amt antrat, als einen ausgesprochenen Freund der reaktionären Kreise Deutschlands. Man glaubt darüber hinaus, daß Schacht den Sturz des Reichsfinanzministers Hilferding beabsichtigt.

Pilsudski „duldet" noch den Sejm

Aber er wird ein Mißtrauensvotum erhalten

O. **Warschau**, 5. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde unter allgemeiner großer Spannung die Herbstsession des Sejm eröffnet. Pilsudski will die Volksvertretung vorerst noch dulden.

Einleitend referierte Sejmmarschall Daszynski über die Vorfälle aus der letzten Zeit. Er berichtete bei dieser Gelegenheit auch über das **Eindringen von Offizieren in das Parlament** und wies darauf hin, daß eine politisierende Armee eine Gefahr für jedes Land sei. Das Schwert sei ein Argument gegen einen Feind, aber niemals gegenüber einer Volksvertretung.

Finanzminister Matuszewski erstattete einen oberflächlichen Bericht über die Finanzlage Polens. In der Debatte beschuldigte der Sozialist Niedziałkowski die gegenwärtige Regierung, nichts zur Behebung der furchtbaren Wirtschaftskrise getan zu haben. Das Pilsudski-System habe dem Lande durch die ständige Staatsstreichdrohung ungeheuer geschadet. Die polnischen Sozialisten würden mit allen Mitteln und Kräften jeden Versuch eines Staatsstreiches zurückweisen. Die wichtigste Aufgabe Polens im gegenwärtigen Augenblick sei:

die Liquidierung des gegenwärtigen Regierungssystems.

Im Namen der Links- und der Mittelparteien kündigte er einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Switalski an.

Der Führer der deutschen Minderheiten, Naumann, erklärte, daß keine polnische Regierung bisher sich so bewußt über die Rechte der deutschen Bevölkerung Polens hinweggesetzt habe wie das Kabinett Switalski. Naumann schilderte vor allem die traurige Lage der deutschen Kolonisten in Polen, die ständig der Verfolgung der polnischen Behörden ausgesetzt seien. Die deutsche Minderheit müsse dem Kabinett Switalski unter den gegenwärtigen Umständen ihr Vertrauen verweigern.

Keine Einigung in Fernost

Mukden, 5. Dezember. Gouverneur Tschangtsueliang hat die beiden chinesischen Unterhändler aus Nikolsk-Ussurijski abberufen und sogleich den hiesigen Vertretern der fremden Mächte eine Mitteilung zugesandt, wonach China die Bedingungen der Sowjetunion für eine Beilegung des Streites über die ostchinesische Bahn ablehnt.

Demnach sind die Moskauer Meldungen von einem Nachgeben Chinas und dem bereits abgeschlossenen Verständigungsprotokoll verfrüht. Die Mukdener Unterhändler erklären, sie hätten nur ein vorläufiges Protokoll unterzeichnet, das allgemein eine Anerkennung des Vertrages von 1924 über die ostchinesische Bahn enthielt. Wie die zentrale Nanking-Regierung dazu steht, ist nicht bekannt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags wählte am Donnerstag den Abgeordneten Dr. Brüning zu ihrem 1. Vorsitzenden. Brüning, der sich zur Zeit im 46. Lebensjahre befindet, ist Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dem Reichstag gehört er seit 1924an. Er ist in den letzten Jahren, insbesondere als Finanzfachverständiger, wiederholt mit Erfolg hervorgetreten.

Ratstagung schon 13. Januar. Das Völkerbundssekretariat teilt mit, daß der Präsident des Völkerbundsrates entsprechend dem italienischen Wunsche den Termin der nächsten Ratstagung vom 20. auf den 13. Januar vorverlegt habe. Der Rat hat in seiner Januartagung u. a. über die wichtige Frage der Einberufung einer Vollfriedenskonferenz zu entscheiden.

Frankreich gegen Italien. Der französische Außenminister hat dem italienischen Botschafter in Paris ein Memorandum überreicht, das die italienische Forderung nach vollständiger Flottengleichheit rundweg ablehnt. Gleichzeitig fährt die Pariser Presse am Donnerstag schwerstes polemisches Geschütz gegen Italien auf.

Zur Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Links: Treviranus, rechts: Lambach.

Oesterreichs Verfassungsreform

A. **Wien**, 5. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen über die Verfassungsreform sind soweit gediehen, daß sich der Nationalrat bereits am Sonnabend oder zu Beginn der kommenden Woche mit der Vorlage befassen kann. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die Stellung Wiens im großen und ganzen die gleiche bleiben wird wie bisher. Hinsichtlich der Volksabstimmung kam man überein, eine Art Volksbegehren, wie es in Deutschland üblich ist, zu schaffen. Danach können 300 000 Wähler über einen vom Nationalrat gefaßten Beschluß eine Volksabstimmung verlangen. Von diesen 300 000 Wählern müssen 150 000 in Wien und 150 000 in den anderen österreichischen Ländern ihren Wohnsitz haben.

•

Der Inhalt des Kompromisses

A. **Wien**, 5. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die Regierungsparteien des Nationalrats wünschen, daß bei der Behandlung der Verfassungsreform im Plenum des Parlaments auch ihre ursprünglichen verfassungsrechtlichen Forderungen zur Abstimmung gestellt werden. Die Folge wird sein, daß mehr als 30 Paragraphen des Entwurfs der Verfassungsreform von der Sozialdemokratie abgelehnt werden und damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Vorschläge zum Ausnahmezustand, über das Recht des Bundespräsidenten zur Auflösung des Parlaments, die Schaffung des Verhältniswahlrechts in den Regierungen, die Degradierung Wiens zur Gemeinde und die Einschränkung seiner autonomen Rechte sowie die Wiedereinführung des Adels und die Aenderung des Wappens der Republik. Alle diese Vorschläge werden aus dem Gesetz verschwinden, da für sie die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird.

Strittig war vor allem das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten. Die Vorlage wollte dem Präsidenten u. a. das Recht geben, auch während der Tagung des Nationalrats bei irgendwelchen Schwierigkeiten parlamentarischer Art eine entsprechende Verordnung durch Gesetz zu erlassen. Dieser Plan ist abgewehrt worden. Der Bundespräsident erhält lediglich das Recht, bei einem außerordentlichen Notstand, zur Abwehr eines offenbar nicht wiedergutzumachenden Schadens für die Allgemeinheit, dazu wenn der Nationalrat nicht versammelt ist oder nicht rechtzeitig zusammentreten kann oder in seiner Tätigkeit durch höhere Gewalt verhindert ist, auf Vorschlag und unter Verantwortung der Regierung mit Zustimmung eines ständigen Ausschusses eine Notverordnung zu erlassen. Die Verfassungsgesetze, die Sozialgesetzgebung, Finanzgesetzgebung und das Mieterschutzgesetz sind von diesem Recht des Bundespräsidenten ausgeschlossen. Wird eine Notverordnung erlassen, dann muß der Nationalrat innerhalb acht Tagen zusammentreten und innerhalb vier Wochen die Notverordnung entweder in ein Gesetz umwandeln oder ihre Aufhebung verlangen. Gegen jede Notverordnung oder gegen das an seine Stelle getretene Gesetz kann ein Volksbegehren gefordert werden.

Wien behält im großen und ganzen seine bisherigen Rechte. Der Bürgermeister bleibt zugleich Landeshauptmann. Neben dem Stadtsenat wird eine Landesregierung auf Grund des Verhältniswahlrechts eingesetzt. Für Angelegenheiten des Staates, die von der Gemeinde verwaltet werden, sollen besondere Kollektivbehörden als zweite Instanz eingesetzt werden. Von den Schulen wird nur das Mittelschulwesen unter einen stärkeren Einfluß des Staates gestellt. Hinsichtlich der Polizei wird der gegenwärtige Zustand gesetzlich verankert. Die Gemeinde Wien, die bisher das Recht hatte, für gewisse Zwecke eine eigene Polizei aufzustellen, davon aber bisher keinen Gebrauch gemacht hat, hat auf dieses Recht verzichtet.

Böß im Verhör

Vor dem Sklarek-Ausschuß

D. **Berlin**, 5. Dezember. (Eig. Bericht.)

Der Sklarek-Ausschuß des Preußischen Landtags setzte am Donnerstag die Vernehmung des Oberbürgermeisters Böß fort.

Der Oberbürgermeister betonte wiederholt, daß die städtischen Gesellschaften und Betriebe bis jetzt im großen und ganzen gut gearbeitet haben und teilweise recht erhebliche Ueberschüsse erzielten, die den Finanzen der Stadt zugute gekommen seien. Im Verlauf der stundenlangen Vernehmung suchte Abg. Obuch (Komm.) vor allem festzustellen, daß Böß es an der nötigen Beaufsichtigung der Magistratsdezernenten habe fehlen lassen. Der Oberbürgermeister berief sich dagegen immer wieder darauf, daß es ihm bei dem Umfang einer solchen Riesenverwaltung wie in Berlin ganz unmöglich sei, sich nach Jahren an jeden einzelnen Vorfall, jede Besprechung, geschweige denn an jede einzelne Unterschrift zu erinnern.

Von Obuch nach der bekannten Pelzangelegenheit befragt, gab Böß an, daß er die Firma Sklarek seit einer Reihe von Jahren kenne. Er sei mit den Sklareks durch kleinere Lieferungen bekannt geworden. Schon damals hätten sie ihm

die Lieferung eines Pelzes angeboten.

Er habe aber abgelehnt. Als seine Frau dann in diesem Jahre einen Pelz brauchte, habe er sich an das Angebot der Sklareks erinnert. Schließlich sei der Pelzkauf zustande gekommen. Trotz wiederholten Mahnungen sei eine Rechnung nicht übermittelt worden, bis schließlich der Pelz mit 375 M. berechnet worden sei. Da ihm dieser Preis viel zu niedrig erschienen sei, habe er den Sklareks mitgeteilt, daß er 1000 M. für den Bildankauf von einem notleidenden Künstler zur Verfügung gestellt habe. Dieser Bildankauf sei tatsächlich erfolgt. Irgendeinen Versuch, ihn zu beeinflussen, habe er in dem Verhalten der Sklareks nicht erblickt. Er habe darin vielmehr nur eine Methode der Protzerei gesehen. Die Firma Sklarek hätte zeigen wollen, was sie leisten könnte.

Abg. Dr. Kaufmann (Dnat.) fragt, was das Bild darstelle, das er für 800 M. von einem notleidenden Künstler gekauft habe, um damit den geringen Kaufpreis für den Pelz auszugleichen. — Böß bittet, darüber mit Rücksicht auf den Künstler nichts weiter sagen zu dürfen. Es handele sich um eine kleine Landschaft. — Dr. Kaufmann: Aus welchen Mitteln ist das Bild bezahlt? — Böß: Aus meinen! — Dr. Kaufmann: Wer hat das Bild bekommen? — Böß: Ich. Ich habe das Bild gekauft, weil man Künstler nicht durch Geld unterstützen soll, sondern durch Ankauf ihrer Werke. — Abg. Dr. Obuch (Komm.): Deshalb ist Arno Holz verhungert! — Böß (mit erhobener Stimme): Wenn Arno Holz noch lebte, würde er darüber etwas anderes sagen.

Die Heuchelei der Deutschnationalen

Auf wiederholte Fragen des Abg. Koch (Dnat.), ob er sich nicht an bestimmte Vorgänge, wie an einen Bericht über Bilanzfälschungen, erinnern könne, an Anträge und Reden in der Stadtverordnetenversammlung über die KWG. und BAG., führte Oberbürgermeister Böß aus: Ich glaube, Sie verlangen von mir etwas ganz Unmögliches, wenn ich mich jetzt an Einzelheiten erinnern soll. Es ist ganz undenkbar, daß ich mich z. B. an einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze erinnern kann. Dadurch muß in der Presse und in der Oeffentlichkeit der Eindruck entstehen, der Oberbürgermeister erinnere sich an nichts. (Zuruf von den Soz.: Das ist auch ganz offensichtlich der Zweck der Uebung.) Wenn ich oder der Magistrat von den Vorgängen bei der BAG. Kenntnis gehabt hätte, oder von dem Inhalt der deutschnationalen Strafanzeige, hätte es die deutschnationale Fraktion sicher nicht nötig gehabt, Strafantrag zu stellen. Es sei nur zu verwundern, daß die im Magistrat sitzenden deutschnationalen Stadträte darüber kein Wort gesagt haben, ein Beweis, daß auch sie wohl keine Kenntnis davon gehabt hätten.

Die schuldigen Kommunisten

Anschließend befragt Abg. Drügemüller (Soz.) den Oberbürgermeister nach den Zusammenhängen, die zum Abschluß und zur Durchführung der Verträge mit den Sklareks führten. „Wenn Anzeigen wegen Lieferungen der Sklareks einliefen, konnten Sie — so fragte Drügemüller — die wirksam prüfen oder konnte das nur der zuständige Dezernent Gaebel?" — Böß: Nur der Kommunist Gaebel konnte wirksam prüfen und war zuständig. — Drügemüller: Hat Gaebel dem Magistrat von Verfehlungen berichtet? — Böß: Kein Wort. — Drügemüller: Wenn also Anzeigen vorlagen und Gaebel hat nicht berichtet darüber, so kann das nur heißen, daß er den Anzeigen nicht nachgegangen ist. — Böß: Nur so kann es sein. — Drügemüller: Gaebel wußte, daß der Kommunist Degner gewissermaßen Privatsekretär der Sklareks war. Mußte Gaebel das nicht dem Oberbürgermeister melden, und ist das geschehen? — Böß: Nein, niemals. — Drügemüller: Hat Gaebel im Magistrat den Antrag der Sklareks auf einen Kredit von 300 000 M. zu vertreten gehabt? — Böß: Sicherlich, er war ja zuständig. — Drügemüller: Hat Gaebel vorgetragen, daß die Sklareks bis zum Abschluß des neuen Vertrages statt 140 000 M. nur 20 000 M., also nur eine Rate, gezahlt hatten. — Böß: Kein Wort. Der Magistrat hätte bei dieser Sachlage nie das Darlehen bewilligt. — Drügemüller: Liegt ein Organisationsfehler in der Magistratsverwaltung vor, so daß das Verhalten von Gaebel, Degner und Schallbach verborgen bleiben konnte? — Böß: Keineswegs. Das war alles nur möglich durch grobe Pflichtvergessenheit. — Drügemüller: Sie wollen also sagen, die zuständigen verantwortlichen Beamten hätten den Magistrat belogen und die Wahrheit verschwiegen? — Böß: Jawohl!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19291206/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG